

GENUG GESPART!
4 Sonderseiten

ver.di

Bildung, Wissenschaft und Forschung

Big Brother auf dem Campus?

Immer mehr Hochschulen führen
elektronische Kontrollsysteme ein

01/2008



Bildung
Wissenschaft
Forschung

report
biwifo

Nutze die Zeit

Noch 9 Monate ... und dann stehen wir am Beginn der nächsten Tarifrunde im Länderbereich.

Eins, zwei, drei im Sauseschritt, läuft die Zeit ...

In den aktuellen Tarifverhandlungen mit dem Bund und der Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände ist unser Fachbereich mit einigen Einrichtungen, vorwiegend im Forschungsbereich, unmittelbar beteiligt. Andere sind mittelbar betroffen, wenn die ausgehandelten Ergebnisse auf sie übertragen werden.

Klar ist, dass Beschäftigte aller Einrichtungen unseres Fachbereichs aufgerufen sind, die Kolleginnen und Kollegen zu unterstützen, die in der jetzigen Tarifrunde warnstreiken und streiken. Nutzt eure Möglichkeiten; Solidarität lässt sich auf viele Arten bekunden.

Auf den Tisch gelegt haben die Arbeitgeber folgendes Angebot: Ab dem 1. Februar 2008 wollen sie 2,5 Prozent höhere Entgelte gewähren, ab dem 1. Oktober 2008 ein weiteres Prozent drauflegen und ab März 2009 noch ein halbes Prozent – das Ganze bei einer Laufzeit von 24 Monaten. Damit verknüpft ist die Forderung nach einer Verlängerung der Arbeitszeit auf 40 Stunden wöchentlich. Und wenn wir uns ansehen, wie kompromisslos die Arbeitgeber gerade agieren, dann wissen wir schon jetzt, was im nächsten Jahr für den Länderbereich auf uns zukommen wird.

Deshalb: Informiert die Kolleginnen und Kollegen in eurem Arbeitsbereich über die laufende Tarifrunde. Macht deutlich, dass eine Entgelterhöhung, die auf 5 Prozent hochgerechnet wird, de facto Einkommensverlust bedeutet, weil die Inflationsrate höher liegt und weil die Arbeitszeitverlängerung mit 2,5 Prozent bzw. 3,75 Prozent minus zu Buche schlägt. Diskutiert mit euren Kolleginnen und Kollegen, wie wir uns jetzt schon stärken für 2009 – denn unsere Forderungen werden wir nicht im Schongang durchsetzen können.

Neun Monate haben wir noch Zeit. Nutzen wir sie. ●



Petra Gerstenkorn

Mitglied des ver.di-Bundesvorstandes und Leiterin des Fachbereichs Bildung, Wissenschaft und Forschung

Inhalt

Schwerpunkt:
Elektronische Kontrolle an den Hochschulen

Schöne neue Campuswelt 3

Chips in Bibliotheken 5

Teuer und unsicher 6

Interview mit einem Datenschützer 7

Studiengebühren stopfen Haushaltslöcher 8

Betriebliche Weiterbildung stagniert 9

Wer darf künftig Doktorhüte verteilen? 10

Der harte Weg zur Promotion 11

Jena, Stadt der Wissenschaften 12

Verantwortung der NaturwissenschaftlerInnen 13

ver.di bietet vielfältigen Service 14

Lieber länger studieren als abmagern 15

Comic 16

Sonderseiten

Die ersten Warnstreiks – und wie geht es nun weiter im öffentlichen Dienst? I–IV

Impressum

Der ver.di Report **biwifo** Nr. 01/2008 · März 2008
Herausgeber: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)
Fachbereich Bildung, Wissenschaft und Forschung
Paula-Thiede-Ufer 10 · 10179 Berlin
V.i.S.d.P.: Petra Gerstenkorn
Verantwortliche Redakteurin: Annette Jensen
Internet: www.verdi.de
Grafisches Konzept: Hansen Kommunikation GmbH
Layout: einsatz, Wolfgang Wohlers
Druck: apm AG Darmstadt, Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt
Titelbild: Werner Bachmeier
W-1728-30-0108

Die Artikel stellen die Meinungsvielfalt unseres Fachbereiches dar und spiegeln nicht in jedem Fall die Meinung des Bundesfachbereichsvorstandes wider.

Service

Fachbereich Bildung, Wissenschaft und Forschung
Internet: www.biwifo.verdi.de
Ansprechpartner biwifo-Report:
holger.menze@verdi.de
Tel.: 0171/932 04 04 · Fax: 030/69 56-35 00



report biwifo

Fotos v.o.n.u.: Werner Bachmeier, Jürgen Seidel (2), Uni Jena

Petra Gerstenkorn

Schöne neue Campuswelt

Jede und jeder besitzt sie, trägt sie bei sich und benutzt sie, ohne zu überlegen: Gegenstände mit RFID. Doch viele wissen das gar nicht. Ausgeschrieben bedeutet die Abkürzung „Radio-Frequenzidentifikation“. Seit 2005 sind alle neuen Reisepässe damit ausgestattet. Die Technik wird für die LKW-Maut eingesetzt und sie befindet sich in Fahrzeugschlüsseln mit Wegfahrsperre. Auch bei der Fußball-WM wurde sie von der FIFA in die Eintrittskarten eingebaut, und die Türen in der ver.di-Bundeszentrale lassen sich damit ebenfalls öffnen. Inzwischen hält die Technik nun auch an den Hochschulen Einzug.

VON HANNELORE REINER

Die RFID-Technik funktioniert mit Funkwellen. Ein Lesegerät identifiziert den Chip im Schlüssel, der Karte oder sonst einem Gegenstand ohne Berührungs- und Sichtkontakt. Die Informationen können anschließend gespeichert und weiterverarbeitet werden. Auf diese Weise lassen sich zum Beispiel die Lebensgewohnheiten von Menschen unbemerkt ausforschen – aus kommerziellen Gründen oder zu anderen Zwecken.

Schon lange sind Chips in Lebensmittel- oder Medikamentenverpackungen oder in Kleidung eingearbeitet. Sie dienen der Erfassung, Verfolgung, Lagerhaltung und Distribution von Waren. Auch im Verkehrswesen sind sie anzutreffen. Nicht selten wird RFID ohne Kenntnis der NutzerInnen eingebaut. Die Deutsche Bahn AG erhielt im vergangenen Jahr den „Big Brother Award“, weil sie die Bahncard 100 mit RFID-Chips ausgestattet hat. Ähnlich war der Metro-Konzern vor ein paar Jahren mit einem Teil seiner Kundenkarten verfahren.

Auch der Staat nutzt zunehmend RFID. Auf dem Campus ist die neue Technik inzwischen in vielfältiger Form anzutreffen – oft ohne dass sich die Betroffenen darüber Gedanken machen. Fast jeder Dienstausweis enthält solch einen Chip, und zunehmend werden auch Bibliotheken mit der RFID-Technik ausgestattet (siehe S. 6). Genutzt wird die Technik auch in Mensen und Cafeterien

für die bargeldlose Bezahlung. Der Zugang zu Einrichtungen und Räumen wird mancherorts ebenfalls mit RFID kontrolliert – und damit potenziell auch die Anwesenheit und Arbeitszeit.

Vor allem Studierendenproteste machten auf die schleichenden Veränderungen aufmerksam. Sie verhinderten an der TU Berlin eine mit RFID ausgestattete Campuscard (siehe das Interview auf Seite 7). Und vor gut zwei Jahren gab es an der FU Berlin heftige Auseinandersetzungen, weil ein Campusmanagement alle Lehr- und Prüfungsleistungen der Studierenden erfassen und Fehlstunden mit Maluspunkten bewerten sollte.

Oft werden Proteste mit dem Hinweis abgetan, die Ängste seien unbegründet und die KritikerInnen schlecht informiert. Doch auch DatenschützerInnen warnen, dass personenbezogene Informationen aus verschiedenen Quellen miteinander verknüpft werden könnten. „Auch zur Erhebung solcher Informationen oder zur Lokalisierung oder Profilbildung“¹ könnte die Technik dienen.

Die Verwaltung von Studierendendaten wird inzwischen vielerorts mit RFID-Technik bewältigt. Dies beinhaltet nicht nur die Erfassung von persönlichen Daten, die bei der Bewerbung um einen Studienplatz und der folgenden Immatrikulation abgefordert werden. Perspektivisch hinzu kommen soll die lückenlose Erfassung des Besuchs sämtlicher Lehrveranstaltungen, sobald Einlass-terminals vor den Veranstaltungsräumen installiert sind. Die Anmeldung und Teilnahme an Prüfungen und deren Noten werden ebenfalls mittels RFID-Technik bewältigt. Nimmt man die Funktionen für die Bibliothek und die Mensa/Cafeteria noch hinzu, so wäre leicht festzustellen, ob Studierende ihre Zeit bei „unwichtigen“ gesellschaftspolitischen Seminaren oder mit zu viel Kaffeetrinken verträdeln haben oder vielleicht längere Zeit gar nicht an der Hochschule waren. Zugleich lassen sich auf diese Weise auch die Prüfenden kontrollieren: Wie schnell haben sie ihre Ergebnisse eingegeben, wie ist der Notendurchschnitt, sind die Prüfungen zu leicht?

160 Hochschulen haben laut HIS (Hochschul-Informationssystem GmbH) ein Studierenden-

■ Der Boom der Chipkarten

Die Orwellschen Visionen werden immer mehr zur Realität. Vermeintlicher Sparzwang und geschürte Terrorangst treiben die Schaffung des gläsernen Menschen voran. ArbeitnehmerInnen, KonsumentInnen, StudentInnen, AutofahrerInnen, KreditnehmerInnen – eine flächendeckende Erfassungsstruktur registriert fast jeden.

Gutwillige BürgerInnen sagen: „Wir haben ja nichts zu verbergen.“ Aber wie viel wissen wir über die Möglichkeiten von Videoüberwachung, Rasterfahndung und biometrischer Erfassung der gesamten Bevölkerung anhand von digitalisierten Fotos und Fingerabdrücken – alles auf einem Funkchip gespeichert? Schon aus der Distanz ist ablesbar, wer da unterwegs ist. Peu à peu entsteht ein Wildwuchs an Datensammlungen. Nichts bleibt verborgen: Einkommen, Schulden, Freunde, Partner, Einkaufsverhalten, Hobbys, Autofahren, Fliegen. Selbst Gespräche in der eigenen Wohnung sind nicht mehr sicher.

Zugleich herrscht eine große Unbekümmertheit im Umgang mit der eigenen Privatsphäre. Allerorten ist eine trendige Freigebigkeit zu erleben: Lautstarke HandytelefoniererInnen entblößen sich freiwillig vor großem Publikum. Hemmschwellen und Schamgrenzen fallen nicht nur im Privatfernsehen – überall findet die exhibitionistische Nabelschau statt.

Und was ist aus unseren Protesten vor 20 Jahren gegen Volkszählung, Überwachungsstaat und den gläsernen Bürger geworden? Wir müssen wieder genauer hinsehen. Nicht weniger als das Recht auf informationelle Selbstbestimmung steht auf dem Spiel. ●

Holger Menze



verwaltungssystem eingeführt oder sind gerade dabei. Geplant sind häufig Schnittstellen zu Studienkonten- und Studienguthaben-Modellen. Viele Funktionen sollen auch dem effizienten Personaleinsatz dienen. Sowohl amtliche Statistiken, aber auch interne Datensätze über die Mittel- und Personalverteilung können so schneller erstellt werden. An der TU Berlin sollte die Einführung der Campuscard eine 10-prozentige Arbeitszeiterparung erbringen.²

In den Bibliotheken können Bücher schneller gefunden, einsortiert, aber auch besser gesichert werden. Dafür können dann Stellen bei der Ausleihe und Rückgabe, beim Bücherkistentransport und Einsortieren gestrichen werden.

Und wie sicher ist die Technik? Abgesehen davon, dass die Systeme noch nicht reibungslos funktionieren, kann auch von außen die Kommunikation zwischen RFID-Chip und Erfassungsgerät abgehört, ausgelesen oder verändert werden. Auch das Vorhandensein einer starken Hochspannungsleitung oder von Antennen kann zu Störungen führen.³ Und wer hat die Beweislast im Fall von Datenverlust? Aber auch ohne so viel Aufwand kann „Betrug“ erfolgen: Der Kommilitone nimmt die Campuscard seiner Kommilitonin mit ins Seminar; die Kollegin hält den Dienstausweis des Kollegen am Ende des Arbeitstages vor das Lesegerät.

Hinzu kommt, dass sich die zwischenmenschliche Kommunikation verändert. In Zukunft sollen die Studierenden alles per EDV abwickeln. Das Gespräch und die Beratung, die bei einem Besuch im Immatrikulationsamt, in der Studienberatung

Sieht es an den Hochschulen bald so aus wie in einem Steuerungsstand für ein Hochregallager?

oder im Prüfungsamt zustande kommt, fällt weitgehend weg. Wer dort noch auftaucht, hat entweder Probleme, ist zu blöd für die Technik oder hat seine Campuscard verloren bzw. beschädigt – kommt also als „Bittsteller“. Sind Studierende dann noch Mitglieder der Hochschule, Kunden – oder nur „Stückgut“?

Klar ist: Den Campus der Zukunft wird es nicht mehr ohne RFID-Technik geben. Doch Vorbehalte müssen ernst genommen werden. Dabei sind Transparenz bei der Einführung und für die NutzerInnen ebenso unverzichtbar wie die Einhaltung des Datenschutzes. Hier haben Asten, Betriebs- und Personalräte ein umfangreiches und verantwortungsvolles Aufgabenfeld. ●

¹ 67. Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder am 25./26.3.2004 in Saarbrücken, Entschließung zu RFID

² vgl. Drucksache 15/11724, Berl. Abgeordnetenhaus

³ vgl. „Risiken und Chancen des Einsatzes von RFID-Systemen“, Studie im Auftrag des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik in Zusammenarbeit mit dem Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT) und der Eidgenössischen Materialprüfungs- und Forschungsanstalt (EMPA), 2004

Neue Technik verändert die Bibliotheken

In über 400 Bibliotheken weltweit gibt es sie schon: Die Radio Frequenz-Identifikationstechnik (RFID). Sie dient der Verbuchung von Medien aller Art und zielt darauf ab, dass die NutzerInnen einen Großteil der Ausleiharbeit selbst erledigen.

VON BENITA HANKE

Nähezu alle Arbeitsprozesse in Bibliotheken lassen sich mit RFID rationalisieren. Sind die Medien mit entsprechenden Etiketten ausgestattet, können die Prozesse so organisiert werden, dass die LeserInnen ihre Ausleihe selbst verbuchen und die Rückgabe rund um die Uhr am Automaten vornehmen können.

Das hört sich vielversprechend an – und ist es aus Sicht der BenutzerInnen auch: Warteschlangen sind mit der Gelegenheit zur Selbstbedienung passé. Doch für die BibliotheksmitarbeiterInnen? In der Werbung eines RFID-Systemanbieters heißt es dazu: „Durch die Automatisierung werden Mitarbeiter von belastenden Tätigkeiten und Routinearbeiten befreit. Das Personal kann sich besser der Kundenbetreuung widmen. Gegebenenfalls können die Öffnungszeiten erweitert werden...“ Tatsächlich ist die fundamental veränderte

Struktur der Arbeit mit großen Risiken für die Beschäftigten behaftet: Personal kann freigesetzt werden, wenn eine Vielzahl von Arbeitsaufgaben wegfällt. Deshalb muss der Schutz der Beschäftigten vor möglichen Nachteilen einen hohen Stellenwert bei der RFID-Einführung haben. Per Betriebs- bzw. Dienstvereinbarung ist abzusichern, dass betriebsbedingte Beendigungs- und Änderungskündigungen ebenso ausgeschlossen sind wie Herabgruppierungen. Zugleich müssen rechtzeitig Weiterbildungsmaßnahmen verbindlich vereinbart werden, die es den Beschäftigten erlauben, die neuen Anforderungen souverän zu bewältigen. Die Produktivitätsvorteile, die durch RFID entstehen, müssen tatsächlich dafür genutzt werden, die Arbeitsaufgaben anzureichern und das Dienstleistungsangebot zu erweitern – z.B. in den Bereichen qualifizierte Recherche, Bestandspflege, Service und Beratung.

Auch der Datenschutz in Bibliotheken ist abzusichern. Eine Profilbildung der NutzerInnen oder Bibliotheksbeschäftigten durch RFID muss ausgeschlossen sein. Entsprechende Standards sollten – möglichst europaeinheitlich – entwickelt werden. In Deutschland gibt es bereits die Initiative zur Entwicklung einer gemeinsamen Informationsplattform.

Wer wissen will, wie die neue Technik funktioniert und wie BenutzerInnen und Beschäftigte damit klar kommen, sollte der Stadtbibliothek München oder den Hamburger Öffentlichen Bücherhallen einen Besuch abstatten. Dort wurde RFID gerade eingeführt.

RFID ist ein Verfahren zur automatischen Identifizierung von Gegenständen und Lebewesen. Dies geschieht meist berührungslos und in der Regel ohne aktives Tun, häufig auch ohne Wissen der Identifizierten.

Funktionsweise: Das RFID-System besteht aus einem *Transponder* (Chip), der sich am oder im Gegenstand bzw. Lebewesen befindet, sowie aus einem *Lesegerät*. Das *Lesegerät* enthält eine Software mit Schnittstellen zu weiteren EDV-Systemen und Datenbanken. Lesegeräte können sichtbare Terminals oder unsichtbar angebracht sein.

Man unterscheidet zwischen aktiven und passiven Transpondern. Der Abstand zwischen Transponder und Lesegerät kann zwischen einigen Millimetern und mehreren Metern variieren. Passive Transponder werden dadurch „aktiviert“, dass das Lesegerät Funkwellen aussendet. Bei

den bekannten Einsatzbereichen in Bibliotheken und Hochschulen handelt es sich um solch passive Transponder. Aktive Transponder sind batteriebetrieben und reagieren auf Signale.

Größe: RFID-Transponder können so klein wie ein Reiskorn sein. Hitachi gab vor einem Jahr bekannt, dass es sogar einen staubkorngroßen Chip (0,05 x 0,05 mm) entwickelt hat.

Kosten: Die Kosten für die Herstellung von Transpondern hängen stark von der Stückzahl ab. Passive Transponder kosten je nach Bauart und technischem Aufwand zwischen 50 Cent und einem Euro (bei einer Stückzahl von bis zu 10.000), ab einer Auflage von einer Milliarde sinkt der Preis auf 5 bis 10 Cent pro Stück.

Firmen: Firmen wie Philips, Hitachi, SAP, Motorola haben ein hohes Interesse an der möglichst breiten Einführung und Anwendung dieser Technik. H.R.

Stine ist teuer und unsicher

An immer mehr Hochschulen werden EDV-Systeme für die Verwaltung von Lehrveranstaltungen, Prüfungen und Raumplanung eingeführt. Hintergrund ist oft die Umstellung auf das Bachelor-Master-System: Die Programme sollen helfen, dem erhöhten Verwaltungsaufwand der verschulerten Studiengänge Herr zu werden. In der Praxis sorgen sie aber eher für Chaos bei Studierenden und Lehrenden.

VON MARKUS BECKER
UND BIRTHE HAAK

Bei ihrem ersten Einsatz an der Uni Hamburg brach das System Stine gleich zusammen. Weil bei vielen Veranstaltungen gilt, dass nur wer früh kommt einen Platz ergattert, wollten sich tausende Studierende so schnell wie möglich anmelden. Das System war überlastet und kollabierte. Auch dieses Semester konnten sich viele Studierende sogar zu Pflichtveranstaltungen nicht anmelden, weil die fälschlicherweise nicht für sie freigeschaltet waren. Besonders TeilnehmerInnen aus Magister- oder Diplomstudiengängen hatten bei begehrten Veranstaltungen das Nachsehen.

Stine, FlexNow & Co. führen nicht zu weniger, sondern zu mehr Bürokratie und zur Arbeitsverdichtung beim Personal. Um die zu bewältigen, wurden an der Uni Hamburg immerhin auch neue Leute eingestellt. Finanziert werden sie allerdings – ebenso wie Stine selbst – zu einem großen Teil aus Studiengebühren. Statt wie versprochen für die Verbesserung der Lehre wird das Geld also benutzt, um Probleme zu lösen, die ohne Stine gar nicht da wären. Und gedruckte „Scheine“ werden immer noch ausgegeben; schließlich misstrauen viele dem virtuellen Datenspeicher.

Systeme wie Stine sind in der Regel sehr teuer in der Anschaffung und wartungsintensiv. Kleinere Hochschulen können sich solche Technik deshalb oft nicht leisten. An der HAW Hamburg sind elektronische Anmeldeverfahren etappenweise über Jahre eingeführt worden. Schritt für Schritt wurden die Prüfungsnachweise auf Papier abgeschafft. Inzwischen werden auch verpflichtende Anmeldungen zu Prüfungsleistungen und Praktika elektronisch abgewickelt. Weil dies früh zu geschehen hat, können die Studierenden häufig nicht abschätzen, ob ihr Wissensstand zum Bestehen der Prüfung ausreichen wird. Daher schreiben einige Studierende entweder unsicher eine Prüfung oder melden sich lieber nicht an. Beides kann das Studium verlängern.

Zudem gilt bei immer mehr Veranstaltungen Anwesenheitspflicht. In Verbindung mit der starken Straffung des Studiums führt das zu Schwierigkeiten für die 60 Prozent der Studieren-



Foto: Jürgen Seidel

den, die jobben müssen. Sie haben wegen der unflexiblen Zeiteinteilung noch größere Schwierigkeiten, eine gut bezahlte Arbeit zu finden. Auch hier unterstützen elektronische Systeme die Überwachung: Anwesenheitslisten können online geführt werden, an manchen Hochschulen wird schon die voll automatische Anwesenheitskontrolle per RFID-Chip diskutiert. Da ist der Weg zu Drehkreuzen vor Hörsälen und Übungsräumen nicht mehr weit, um nicht angemeldete Studierende an der Teilnahme von Veranstaltungen zu hindern.

Kritisch ist vor allem auch die Frage der Datensicherheit. Sobald der komplette Studienverlauf samt Anwesenheit online dokumentiert ist, lassen sich recht einfach Bewegungsbilder einzelner Studierender erstellen. Zwar wird seitens der Hersteller und Hochschulen beteuert, die Systeme seien sicher. Versuche kritischer Informatikstudierender zeigen aber immer wieder Sicherheitslücken. Die können nicht nur von Dritten genutzt werden, um an vertrauliche Daten zu kommen. Auch eine Manipulation von Prüfungsergebnissen ist da wohl kaum auszuschließen.

Nicht zuletzt geht es darum, welchen Umgang mit personenbezogenen Daten Studierende heute lernen sollen. Wer es für normal hält, ein „gläserner Student“ zu sein, wird später als Führungskraft im Betrieb wohl kaum anders denken. ●

Der Versuch an der TU Berlin ist gescheitert



Foto: Privat

**Interview mit
Hanns-Wilhelm Heibey,
Vizechef beim Berliner
Datenschutzbeauftragten**

biwifo: In Berlin hat es vor einigen Jahren einen Versuch gegeben, Chipkarten an der Technischen Universität einzuführen. Was sollte die Karte alles können?

Hanns-Wilhelm Heibey: Das Programm war sehr umfangreich. Geplant war, dass die Chipkarte sowohl eine kontaktfreie Schnittstelle hat – man sie also an einen bestimmten Punkt vor einer Tür hält und die dann aufgeht. Dann sollte sie als Zahlungsmittel für kleine Beträge in der Mensa oder Bibliothek einsetzbar sein, und die Studenten sollten ihre Studienbescheinigung an einem Automaten damit ausdrucken können. Schließlich war dann auch noch die Funktion einer Prozessor-karte geplant.

Was heißt das?

Die Chipkarte hätte den Nutzern ermöglicht, eine digitale Signatur zu machen, die die handschriftliche Signatur ersetzt und einen behördlichen Akt auslöst – also zum Beispiel die schriftliche Anmeldung zu einer Prüfung oder die Rückmeldung.

Wie sicher ist so etwas ?

Eine digitale Signatur wird mit Hilfe standardisierter, kryptografischer Verfahren durchgeführt und ist in Deutschland bereits gesetzlich geregelt. Das ist sehr fälschungssicher. Man kann heute beispielsweise mit dem Finanzamt auf diese Weise kommunizieren. Allerdings sind Chipkarten mit qualifizierter Signatur, die tatsächlich gerichtsverwertbar eine Unterschrift ersetzen können, teuer.

Wie teuer ?

Etwa 80 Euro – das ist schon ein ganz schöner Betrag für einen Studenten. Deshalb wollte man an der TU dann auch die fortgeschrittene Signatur einführen, die etwa 10 Euro gekostet hätte. Allerdings ist diese Signatur nicht gleichwertig mit einer handschriftlichen Unterschrift. Wenn sich ein Student damit für eine Prüfung angemeldet hätte und nicht erschienen wäre, hätte die Universität Schwierigkeiten gehabt, ihm eine sechs dafür zu geben; der Student hätte jedenfalls behaupten können, dass nicht er es gewesen sei, der ihn angemeldet hat. Und er hätte wahrscheinlich Recht bekommen.

Woran ist der Versuch mit den Chipkarten an der TU gescheitert?

Es gab mehrere Gründe, das Projekt vor etwa drei Jahren abzubrechen. Das Ganze hätte einige Millionen gekostet. Es

gab aber auch eine politische Diskussion und Widerstände der Studenten. Sie hatten Angst, dass die Chipkarten sie zu gläsernen Menschen machen sollten.

Sind solche Befürchtungen berechtigt?

Im Prinzip ja. Eines der wichtigsten Probleme, das der Datenschutz zu bekämpfen hat, ist die Profilbildung – also das Gewinnen von Daten, die das Verhalten oder die Persönlichkeit eines Menschen betreffen. Theoretisch kann alles, was mit einer Chipkarte passiert, protokolliert werden – also wann der Student in der Bibliothek war und ob er in der Mensa Alkohol getrunken hat. Allerdings war es das Ziel des Projekts an der TU, genau das Zusammenbringen der Daten aus verschiedenen Bereichen zu verhindern – und zwar dadurch, dass die Technik so konstruiert werden sollte, dass die Erstellung derartiger Profile gar nicht möglich gewesen wäre. Der Versuch an der TU war deshalb datenschutzrechtlich okay, und so gesehen finde ich es auch schade, dass er nicht geklappt hat.

Haben sich die Studierenden der TU also nicht richtig informiert?

Ich denke, es hat an Transparenz gefehlt. Das Ganze war eine Initiative von Wissenschaftlern der Informatik und der Wirtschaft. Es wäre an der TU doch ein Leichtes gewesen, die Studenten von Anfang an einzubeziehen. Schließlich hat die Universität einen großen Informatikfachbereich und die Studenten hätten mitprogrammieren können. Dann hätten sie selbst beurteilen können, was mit dem System möglich ist und was nicht. Aber sie einzubeziehen hat die Universitätsleitung versäumt.

Gibt es Firmen, die ein wirtschaftliches Interesse an der Einführung von Chipkarten haben?

Ja, es gibt eine weltweite Chipkartenbranche. Dazu gehören Firmen wie Giesecke & Devrient (G & D) in München oder Infineon. Die Industrie wartet seit Jahren auf ihren großen Durchbruch. Wenn man es genau betrachtet, wartet sie darauf, dass der Staat etwas für sie tut – nämlich gesetzliche Entscheidungen trifft, die den Bürger zwingen, sich Chipkarten zu beschaffen. Mit der vielbeschworenen Marktwirtschaft hat das nicht viel zu tun und mit dem Bedürfnis der Nutzer auch nicht. Oder wer will unbedingt eine Chipkarte haben, damit er sich nach einem Umzug den Gang zum Einwohnermeldeamt spart? ●

Interview: Annette Jensen

Campus

■ der Zukunft

Das ver.di-Projekt „Campus der Zukunft“ geht weiter. Vom 25 bis 27. Juni findet in der ver.di-Bildungsstätte Lage-Hörste ein großes Treffen statt. Im Zentrum stehen die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten an Hochschulen, in Archiven und Bibliotheken, der außerhochschulischen Forschung und bei den Studentenwerken. Wie können sie sich an der Gestaltung der Rahmenbedingungen beteiligen? Die bisherigen regionalen Aktivitäten aus den Bereichen „Campus der Zukunft“ sollen auf diesem Seminar präsentiert, diskutiert und weiterentwickelt werden. Zielgruppe der Veranstaltung sind die in Teilprojekten auf Landesebene involvierten ver.di-Mitglieder und interessierte Campusbeschäftigte.

Bildungsurlaub nach den Bildungsurlaubsgesetzen der Länder ist beantragt. Anmeldung bei Karin Vollmar, karin.vollmar@verdi.de

■ Meisterprüfung statt drei Semester

Die Universität Oldenburg will berufserfahrene Studierende anlocken. Sie können ihre Kompetenzen auf Studienmodule anrechnen lassen und so einen erheblichen Teil der Studiendauer einsparen. Mit diesem Modell hat die Oldenburger Uni eine Vorreiterrolle übernommen, und in der kommenden Zeit werden ihr wohl auch andere Hochschulen folgen. Vor allem für Unternehmer und Studienabbrecher ist dies interessant. Die eigene Selbstständigkeit, Veränderungen in der Familie oder auch plötzliche Krankheit sind häufig genannte Gründe für einen Studienabbruch. Dieser Gruppe gibt das Modell eine zweite Chance und sie verliert keine Zeit.

Studiengebühren stopfen Haushaltslöcher

Die Proteste konnten sie nur verzögern, aber nicht verhindern: Mit dem Beginn des Wintersemesters 2007/08 gibt es in nunmehr sieben Bundesländern Studiengebühren.

VON BORIS BOGOJEV

Erinnern wir uns. Die BefürworterInnen von Studiengebühren beteuerten, dass die Einnahmen ausschließlich in die Verbesserung der Lehre fließen sollten. Die Studiendauer werde sich verkürzen und die Studienzufriedenheit zunehmen. Alles in allem sollte sich die nationale und internationale Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen verbessern, so das Versprechen.

Die Realität sieht offenbar anders aus. Schon jetzt kurz nach der Einführung der Studiengebühren gibt es Berichte von einzelnen Hochschulen, in denen die Gelder der Studierenden offensichtlich zweckentfremdet wurden. Sie flossen in Bereiche, die kaum als Verbesserungen der Lehre gelten können. So finanzierte die Universität Ulm beispielsweise die gestiegenen Heizkosten aus den Gebühren. In Bonn flossen die Gelder der Studierenden in den Bau eines neuen Gebäudes. Befürchtungen, dass sich einzelne Länder in dem Maße aus der Hochschulfinanzierung zurückziehen, wie sie Einnahmen aus Studiengebühren erzielen, scheinen sich zu bestätigen.

Dass zudem reguläre Stellen teilweise aus den Gebühren finanziert werden, steht ebenfalls im Widerspruch zur Ankündigung, dass zusätzliche Stellen zur Qualitätsverbesserung der Lehre geschaffen würden. Zwar sind an einzelnen Fakultäten neue TutorInnenstellen eingerichtet worden – doch die sind schlecht bezahlt und meist auf ein halbes Jahr befristet.

Das Fazit: Studiengebühren dienen zu einem großen Teil zum Stopfen von Haushaltslöchern oder zum Umschichten der Etats in den chronisch unterfinanzierten Hochschulen. Zu einem nachhaltigen Beschäftigungsaufbau an den Hochschulen tragen sie nicht bei. Was sich lediglich erhöht, ist die ohnehin große Anzahl unsicherer Beschäftigungsverhältnisse an den deutschen Hochschulen.



Die Politik fördert eine ganz neue Familienpolitik

Foto: Jürgen Seidel

Auch die Erfahrungen mit den Studienlehnsmodellen fallen ernüchternd aus: Nur ein sehr kleiner Teil der Studierenden hat sie bisher in Anspruch genommen. Dies bestätigt die Vermutung, dass Studierende während des Studiums noch mehr arbeiten als bisher, um die Gebühren finanzieren zu können. Ob diese Entwicklung allerdings zu einer Studienzeitverkürzung beiträgt, muss wohl bezweifelt werden.

Die Erfahrungen lassen deshalb nur einen Schluss zu: Die Studiengebühren müssen wieder abgeschafft und die Hochschulen anders finanziert werden. ●

GENUG GESPART!



ver.di fordert für die 1,3 Millionen Beschäftigten bei Bund und Kommunen acht Prozent mehr – mindestens aber 200 Euro.

Lange haben sich die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst mit ihren Forderungen zurückgehalten. Beschäftigte im öffentlichen Dienst mussten in den vergangenen Jahren zunehmend Reallohnverluste hinnehmen. Strom, Lebensmittel und Mieten sind immer teurer geworden; die Mehrwertsteuer wurde Anfang vergangenen Jahres um satte drei Prozent erhöht. So ist die Kaufkraft der Beschäftigten im öffentlichen Dienst immer weiter gesunken – und parallel auch ihre Motivation.

Nun sprudeln die Einnahmen des Staates wieder. Die eher vorsichtige Steuerschätzung geht davon aus, dass die öffentlichen Kassen bis zum Jahr 2011 mit 186 Milliarden Euro zusätzlich rechnen können. Davon müssen die Beschäftigten nun einen gerechten Anteil abbekommen. Gemessen an der Diätenerhöhung von 9,4 Prozent, die sich die Bundestagsabgeordneten im Schnellverfahren genehmigt haben, ist die Forderung von ver.di nach acht Prozent sogar noch bescheiden.



ver.di will die Übernahme der Azubis in dem Tarifwerk verbindlich regeln und ihr Entgelt um 120,- Euro pro Monat erhöhen. Darüber hinaus sollen die Auszubildenden im Osten endlich genau so viel verdienen wie ihre KollegInnen im Westen – und zwar rückwirkend zum 1. Januar.

Das gesamte Tarifergebnis soll zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden. Damit die Länder im kommenden Jahr wieder in eine gemeinsame Tarifrunde einbezogen werden können, soll der Vertrag nur ein Laufzeit von einem Jahr haben. ●



Ein besseres Angebot

Die Stimmung ist kämpferisch. Zum einen gibt es einen deutlichen Nachholbedarf bei den Entgelten im öffentlichen Dienst: Zweieinhalb Jahre mussten die KollegInnen Einkommenseinbußen hinnehmen. Zum zweiten haben die Arbeitgeber in den vergangenen Jahren Absprachen immer wieder gebrochen.

VON NORBERT KONKOL

Die wirtschaftliche Lage ist gut. Steuereinnahmen sprudeln, und auch das Umfeld in punkto Arbeitslosigkeit und Beschäftigung hat sich deutlich verbessert. Doch das Arbeitgeberangebot ist äußerst knauserig und bleibt weit hinter den finanziellen Möglichkeiten zurück: Ab dem 1. Februar 2008 sollen die Einkommen um 2,5 Prozent erhöht werden, so der Vorschlag. Am 1. Oktober 2008 soll es dann ein weiteres Prozent und im März 2009 noch einmal ein halbes Prozentpünktchen geben. Verknüpft ist das Angebot auch noch mit unverschämten Ge-

genforderungen nach einer Verlängerung der Arbeitszeit auf 40 Stunden und Erpressungen aus der Tarifrunde 2005.

Warnstreiks waren in dieser Situation vorprogrammiert. An denen beteiligten sich Kolleginnen und Kollegen in allen Teilen der Republik und in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes – von dem Mitarbeiter des Karlsruher Instituts für Technologie bis zu dem Busfahrer in Berlin, von der Beschäftigten des Dortmunder Studentenwerks bis zu der Erzieherin in Dresden. Sowohl die Arbeitgebervertreter vor Ort als auch die Medien waren von der Breite und Intensität der Warnstreiks beeindruckt.

Um die Wucht der Streikwelle zu verstehen, lohnt ein Blick in die jüngere Vergangenheit. In der Tarifrunde 2002/2003 war nicht nur die Wirtschaftslage schwierig; zugleich mussten wir uns auch mit einem gespaltenen Arbeitgeberlager auseinandersetzen. Einen Tarifabschluss konnten wir nur über eine Prozessvereinbarung zur Überarbeitung des Tarifrechts für den öffentlichen Dienst erreichen.

Der Einstieg in die Überarbeitung des Tarifrechts war dann begleitet von Wortbrüchen des Arbeitgeberlagers. Entgegen der Vereinbarung kündigten die Ländervertreter im Westen die Tarifverträge für das Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie die Arbeitszeitbestimmungen. Unsere Antwort darauf war, die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) aus den Verhandlungen auszuschließen. Unter Hochdruck haben wir dann mit dem Bund und den Kommunen (VKA) am neuen Tarifrecht gearbeitet und im Herbst 2005 den Tarifvertrag öffentlicher Dienst (TVöD) abge-

Dortmund

„Die Stimmung ist prima, eher besser“

Beim Studentenwerk Dortmund hat ver.di in den vergangenen Wochen viele neue Mitglieder gewonnen: Ihre Zahl hat sich fast verfünffacht! Erstmals in der Geschichte hat es dort nun während der Tarifverhandlungen Streiks gegeben. Etwa 115 KollegInnen haben sich in Dortmund beteiligt, und auch in den

Nebenstellen Arnsberg und Iserlohn gingen Beschäftigte auf die Straße. „Die Stimmung ist prima, eher besser!“ meldet ein Beteiligter. Das Geheimnis der Erfolgsgeschichte: Die Betriebsteile sind gut miteinander vernetzt – von der EDV über die Küche bis zur Kita sind alle beteiligt. Die Vertrauensleute sind hochmotiviert, und sobald jemand ver.dianer geworden ist, wirbt er oder sie oft die nächsten. Saß früher nur ein ver.di-Mitglied im siebenköpfigen Personalrat, so sind es inzwischen sieben. Zugleich bietet die Geschäftsführung immer neue Anlässe, sich zu organisieren. Sollte es zum Streik kommen: Dortmund ist gut gerüstet!



gebot muss her!

geschlossen. Bis 2007 sollte die neue Entgelt-Ordnung erarbeitet sein. Aber auch diese Verabredung hat das Arbeitgeberlager (Bund und VKA) durch Absagen von vereinbarten Verhandlungsterminen torpediert. So drohen willkürliche Eingruppierungen, nachdem die Übergangsvorschriften aus dem bis zum 31. Dezember 2007 geltenden TVÜ ausgelaufen sind.

2006 gab es auch auf Länderebene einen vierzehnwöchigen Streik. Die Tarifeauseinsetzung konnte schließlich erfolgreich abgeschlossen werden, ohne dass die sich abzeichnende weitere Spaltung des Arbeitgeberblocks eintrat. Unter anderem Bayern und Baden-Württemberg hatten ihre Austrittsbeschlüsse bereits fertig in der Schublade liegen gehabt. Der Vertrag trat zum 1. November 2006 in Kraft; auch mit der TdL wurde verabredet, eine neue Entgelt-Ordnung zu erarbeiten. Außerdem regelt der Vertrag, dass die westdeutschen Beschäftigten ab dem 1. Januar 2008 2,8 Prozent mehr verdienen; ab Mai tritt diese Regelung dann auch im Osten in Kraft. Für die Zwischenzeit hatte es eine gestufte Einmalzahlung gegeben.

Parallel tritt ver.di mit dem Bund und der VKA über die redaktionelle Überarbeitung des TVöD. Die Übernahme der Ergebnisse ist nun auch ein Thema in der aktuellen Tarifrunde. Gelöst wurde dagegen im vergangenen Jahr der Konflikt mit der VKA um die Angleichung der Einkommen im Tarifgebiet Ost an Westniveau, die im Prinzip bereits 2003 vereinbart worden war.

Nun also schreiben wir März 2008 – und nach fünf Verhandlungsrunden haben Innenminister Wolfgang Schäuble und Thomas Böhle von der



VKA ihr Ursprungsangebot nicht verbessert und zugleich auf einer Arbeitszeitverlängerung bestanden. So scheiterten die Verhandlungen am 8. März. Offenbar hatten die Arbeiter von Anfang an auf ein Schlichtungsverfahren gesetzt, das jetzt von Lothar Späth geleitet werden soll. Klar aber ist: Ein Schlichtungsergebnis muss akzeptabel sein. Sollte das Resultat zu mager ausfallen, wird es eine Urabstimmung über einen Arbeitskampf geben. Wie das Ergebnis ausfallen würde, dürfte nach der breiten Unterstützung der Warnstreiks eigentlich klar sein.

Was jetzt passiert, wird auch bei der für 2009 anstehenden Tarifrunde mit den Ländern eine zentrale Rolle spielen. Der aktuelle Arbeitskampf betrifft deshalb alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst. ●



Rosenheim

Etwa 80 TeilnehmerInnen hatte die Demonstration, an der sich Betriebs- und Personalräte der außeruniversitären Forschungseinrichtungen am 12. Februar in München während eines Arbeitsgruppentreffens beteiligten. Sie erwarten eine deutliche Vergütungserhöhung für die rund 62.000 Beschäftigten, die sie vertreten.

Köln

In Köln blieb die Mensa am 5. März geschlossen. Noch am Vortag war unklar gewesen, ob es klappen würde. Aber dann hängte der Küchenleiter ein Warnstreikplakat raus und schloss die Tür zu. Fünf KollegInnen nutzten die Gunst der Stunde und füllten eine ver.di-Beitrittserklärung aus. Zusammen mit den KollegInnen von der Agentur für Arbeit ging es dann quer durch die Stadt. Der Zug wurde immer größer. Auch Beschäftigte aus den Stadtteilbibliotheken Ehrenfeld, Haus Balchem und Bocklemünd hatten ihre Häuser geschlossen, die ver.di-Jugend und streikende KollegInnen von den Verkehrsbetrieben kamen hinzu und schließlich standen rund 1500 warnstreikende Menschen auf dem Heumarkt.

Bonn

99 KollegInnen aus dem Studentenwerk Bonn machten sich am 3. März auf den Weg zum Münsterplatz.



Bochum

Warnstreik auch beim Akademischen Förderungswerk in Bochum.



Aachen

In der Mensa Aachen blieb die Küche kalt – die KollegInnen waren im Warnstreik. Etwa 55 Beschäftigte beteiligten sich an der Kundgebung und erfuhren dabei Solidarität von verschiedenen Seiten.



Karlsruhe

Mit grünen Mützen gingen etwa 100 Beschäftigte des Forschungszentrums Karlsruhe auf die Straße.

Fotos auf den Sonderseiten:
Renate Wegner, Thomas Grasmück,
Wolfgang Eppler, Susanne Dosenbach,
Hermann-Josef Solscheid, Wilfrid Georg,
Wolfgang Benning, Werner Bergheim



Viele EU-Betriebe sparen an der Weiterbildung

Die betriebliche Weiterbildung in Europa stagniert. Das ist das Ergebnis einer vergleichenden Studie in 27 EU-Mitgliedsstaaten und Norwegen. Im Jahr 2005 wurde das sogenannte „Continuing Vocational Training Survey“ CVTS zum dritten Mal durchgeführt. Jetzt liegen Teilergebnisse aus 22 Ländern vor. In Deutschland war das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) an Vorbereitung und Auswertung beteiligt.

VON HANNELORE REINER

Der Vergleich zur letzten Erhebung ergibt ein uneinheitliches Bild: Während in den süd- und osteuropäischen Staaten die Teilnahmequoten an betrieblichen Weiterbildungsmaßnahmen erheblich gesteigert wurden, ist die Entwicklung in den meisten west- und nordeuropäischen Staaten rückläufig. Dies ist um so bedauerlicher, weil es dem offiziell von der EU proklamierten politischen Ziel entgegen läuft: die Beteiligung möglichst vieler Erwachsener am lebenslangen Lernen.

Deutschland gehört wie schon zuvor zum Mittelfeld. Bei wichtigen Kennziffern sind aber Rückgänge zu verzeichnen: Nur noch 69% der Unternehmen machten ihren Beschäftigten Weiterbildungsangebote – das sind 6 Prozentpunkte weniger als zuvor. Qualifizierung im Rahmen von Kursen hat sogar noch stärker abgenommen: Vormalig 67%, jetzt 54%. Auch der Anteil der Beschäftigten, die an betrieblichen Weiter-

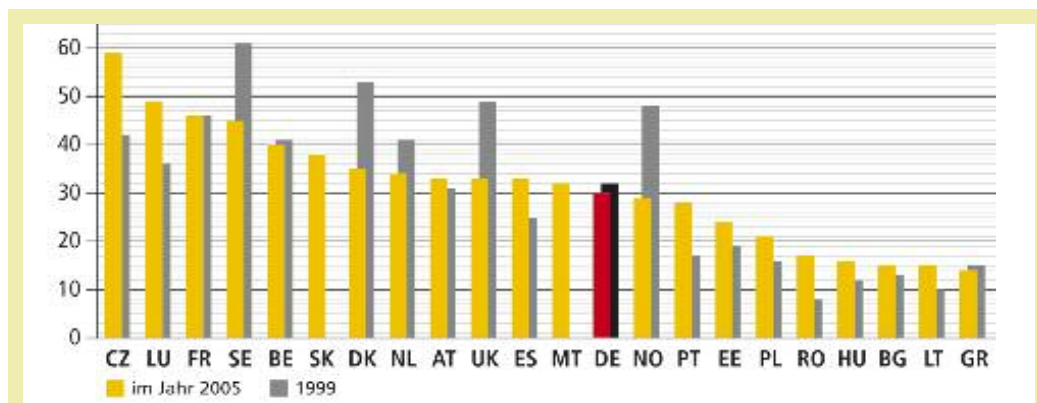
bildungsmaßnahmen teilgenommen haben, ist um 2 Prozentpunkte auf 30% gesunken. Folglich nahm auch der Anteil der Arbeitskosten ab, der für Bildung ausgegeben wird: Investierten die Betriebe dafür bei der letzten Erhebung noch 0,9%, so sind es inzwischen nur noch 0,7%. Pro Kopf gerechnet läuft das auf einen Beitrag von 504,- € im Jahr hinaus – auch dies ist ein Rückgang von 8%. Konstant geblieben ist lediglich die Anzahl der Weiterbildungsstunden je Beschäftigten: 9 Stunden.

Berücksichtigt man, dass unter betrieblicher Weiterbildung nicht nur Seminare verstanden werden, sondern auch arbeitsplatznahe Qualifizierung, die Teilnahme an Lern- und Qualitätszirkeln, selbstgesteuertes Lernen und der Besuch von Informationsveranstaltungen, dann ist das Ergebnis beschämend.

Für alle EU-Länder gilt, dass das Angebot von der Größe der Betriebe abhängt. Überall haben Männer bessere Chancen auf Weiterbildung als Frauen, und überall sind Beschäftigte unter 25 und über 55 Jahren unterrepräsentiert.

Die zentrale Frage, wie die Rückgänge in vielen Ländern zu erklären sind, kann die Studie nicht beantworten. Denn schließlich ist erwiesen, dass Betriebe durch Weiterbildung deutliche Produktivitätsgewinne erzielen. Aufbauend auf den Ergebnissen der Untersuchung will das BIBB nun eine Ergänzungsstudie durchführen, die „vertiefende Einblicke für Deutschland liefern soll“. Hoffentlich wissen wir dann mehr. ●

www.bibb.de/de/pm07-2008



Anteil der Teilnehmenden an betrieblichen Weiterbildungskursen (in Prozent der Beschäftigten in allen Unternehmen)

AT: Österreich; BE: Belgien; BG: Bulgarien; CZ: Tschechien; DE: Deutschland; DK: Dänemark; EE: Estland; GR: Griechenland; ES: Spanien; FR: Frankreich; HU: Ungarn; LT: Litauen; LU: Luxemburg; MT: Malta; NL: Niederlande; NO: Norwegen; PL: Polen; PT: Portugal; RO: Rumänien; SE: Schweden; SK: Slowakei; UK: Großbritannien (SK, MT: Daten für 1999 nicht verfügbar)

Quelle: Eurostat Datenbank New Cronos, CVTS 2/CVTS 3 (Abrufdatum 19.11.2007, vorläufige Daten)

■ Firmen ließen Millionen verfallen

Wenige Wochen vor Jahresende waren die Kassen für Weiterbildung bei der Bundesagentur für Arbeit noch prall gefüllt. Nur 38 Millionen Euro waren dafür ausgegeben worden, 200 Millionen standen 2007 zur Verfügung. Finanziert werden konnten Seminare, Prüfungen, Fahrten und Unterbringung von ArbeitnehmerInnen. Bei Geringqualifizierten bekamen die Unternehmen zusätzlich sogar den Arbeitsausfall ersetzt, indem die Bundesagentur die Lohnkosten übernahm. Doch die Firmen nutzten das Angebot nicht: Alle MitarbeiterInnen würden am Arbeitsplatz gebraucht, hieß es oft zur Begründung. Wegen der geringen Nachfrage wurde das Programm „Wegebau“ eingestellt.

■ Ältere Beschäftigte müssen länger lernen

Das Thema „Lernen älterer Beschäftigter“ ist angesichts der Rente mit 67 hochgradig brisant. Gerade deshalb finden wir hier unterschiedliche Einschätzungen und vielfältige Lösungsvorschläge. Bislang gibt es aber – auch im gewerkschaftlichen Umfeld – keine einheitliche Strategie. Peter Faulstich und die verdi-Bildungsreferentin Mechthild Bayer haben deshalb das Buch „Lernalter“ herausgegeben. Ihr Anliegen ist es, die Voraussetzungen zu klären, unter denen flexible Übergänge zwischen Arbeit und Ruhestand möglich und sinnvoll sind. Ein nur am individuellen, kalendari-schen Lebensalter orientierter Ansatz hilft dabei wenig. Es sollen Wege offen gehalten und Mischverhältnisse bedacht werden.

**Peter Faulstich/
Mechthild Bayer (Hrsg.)**
Lernalter
Weiterbildung statt Altersarmut
VSA-Verlag, 12,80 €

■ Kaum neue Auswahlverfahren an den Hochschulen

Erst wurde das Hochschulrahmengesetz (HRG) geändert, dann in allen Bundesländern die Hochschulzulassungsgesetze. Ziel war in beiden Fällen, den Hochschulen mehr Einflussmöglichkeiten bei der Auswahl ihrer Studierenden zu geben. Alle Übergangsfristen sind inzwischen abgelaufen.

Wie verfahren nun die Berliner Hochschulen tatsächlich, wollte die SPD-Abgeordnete Jutta Koch-Unterseher wissen. Das Ergebnis ist interessant.

Grundsätzlich machen die meisten Hochschulen flächendeckend von der Studierendenwahl Gebrauch. Ausnahme ist die Technische Universität. Hier wird nur in 3% der Studiengänge auf zusätzliche Kriterien zu Abiturnoten und Wartezeit zurückgegriffen. Der Grund ist, dass die Zahl der Studienbewerber nicht so hoch liegt, dass sich ein Auswahlverfahren lohnt.

Als beliebtestes Kriterium bei der Auswahl wird die „Berufspraxis“ herangezogen: zwischen 92 und 100% der Studiengänge fragen danach. Gewichtete Einzelnoten sind an den Fachhochschulen beliebt. An der Freien Universität wird davon nur in 2%, an der Humboldt-Universität in 16% der Studiengänge Gebrauch gemacht. Studierfähigkeitstests werden gar nicht oder selten angewandt. Die Fachhochschule für Wirtschaft, die diese bisher bei 85% der Studiengänge angewandt hat, schafft sie zum Sommersemester 2008 wieder ab. Auch Auswahlgespräche finden selten statt, da sie sehr aufwändig und umstritten sind. Lediglich ein Studiengang der Humboldt-Universität, die Charité (Medizin) und eine Fachhochschule setzen sie ein.

Nur Unis dürfen Doktorhüte vergeben

Noch ist nichts endgültig entschieden. Doch von verschiedenen Seiten ist zu hören, dass die Max-Planck-Gesellschaft das Promotionsrecht erlangen will. Bisher können außerhochschulische Forschungseinrichtungen keine Dokortitel vergeben – das Promotionsrecht gilt als konstitutives Recht und Merkmal der Universitäten. Und viele wollen, dass das auch in Zukunft so bleibt. Eine so einfache Antwort wird aber dem Problem nicht gerecht, das sich hinter einem solchen Ansinnen verbirgt.

VON KARL-HEINRICH STEINHEIMER

Die Institute der Max-Planck-Gesellschaft, der Helmholtz-Gemeinschaft, der Leibniz-Gemeinschaft und der Fraunhofer-Gesellschaft fördern seit Jahr(zehnt)en den wissenschaftlichen Nachwuchs in hervorragender Weise. Sowohl DoktorandInnen als auch Post-Docs forschen in den Einrichtungen. Was sie erarbeiten, stellt einen bedeutenden Teil der Forschungsleistungen der Institute dar. Diese wollen und können darauf nicht verzichten. Im Wesentlichen sind es WissenschaftlerInnen der Forschungseinrichtungen, die die Dissertationen betreuen. Sollen die Forschungseinrichtungen aber deshalb das Promotionsrecht erhalten?

Bisher erfolgt die Promotion durch Universitäten. Meist sind sie durch Kooperationen mehr oder weniger intensiv mit außerhochschulischen Einrichtungen verbunden. Bund und Länder fördern gezielt im Rahmen der Exzellenzinitiative oder durch andere Programme eine möglichst planmäßig und strategisch ausgerichtete Zusammenarbeit. Nicht nur gemeinsame Berufungen von ProfessorInnen durch Universität und außerhochschulischer Forschungseinrichtung gehören zu den wesentlichen Elementen solcher Kooperationen. Auch die Doktorandenausbildung erfolgt im Rahmen gemeinsamer Forschungsvorhaben von Hochschule und Forschungseinrichtung. Die DoktorandInnen können die Ausstattung und das wissenschaftliche Umfeld der Forschungseinrichtung nutzen. Zugleich erhalten die jungen WissenschaftlerInnen der außerhochschulischen Institute Zugang zu hochschulischen Angeboten – auch in der Lehre. Oft gibt es darüber konkrete Verein-

barungen zwischen den Partnern. Die Promotion bleibt aber bisher immer ausschließlich Sache der Universität – und so legen es beispielsweise die Leitlinien für die Doktorandenausbildung in der Helmholtz-Gemeinschaft auch explizit fest.

Die für eine erfolgreiche langfristige Kooperation erforderliche strukturelle, organisatorische, personelle und finanzielle Verflechtung zwischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen kann jedoch durchaus anregen, über Neuerungen nachzudenken. Dies geschieht derzeit offenbar zwischen der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz und Max-Planck-Instituten. Auch die gemeinsame Qualifizierung von DoktorandInnen ist hier Thema. Sie soll in einer gemeinsam von Universität und Forschungseinrichtungen betriebenen Graduiertenschule erfolgen.

Gegen all das ist nichts einzuwenden – so lange das Promotionsrecht bei der Universität bleibt, das Verfahren dort durchgeführt und die Urkunde von der Universität ausgestellt und unterzeichnet wird. Denn die Frage ist doch: Wieso sollten außerhochschulische Forschungseinrichtungen dieses Recht bekommen, wenn das Verfahren doch bei dem hervorragenden Kooperationspartner Universität problemlos durchgeführt wird?

Und droht nicht umgekehrt der Kooperation zwischen Universität und Forschungseinrichtungen Schaden, wenn das wesentliche Element der Beteiligung der Universität an der Doktorandenausbildung dadurch überflüssig wird, dass sie das Promotionsrecht abgibt? ●

Promotionen im Jahr 2006 aufgeschlüsselt



Der harte Weg zur Promotion



Mit der WM-Studie 2007 wurden zum zweiten Mal die befristet beschäftigten wissenschaftlichen MitarbeiterInnen (WM) der TU Berlin zu ihren Arbeits- und Promotionsbedingungen befragt. Eine erste Befragung im Jahr 2002 hatte ergeben, dass die Arbeitssituation so belastend war, dass die Mehrheit damit rechnete, nicht innerhalb der Vertragslaufzeit zu promovieren.

VON KONRAD LEITNER

Aufgrund der unbefriedigenden Ergebnisse der WM-Studie 2002 wurden sowohl innerhalb der Fakultäten als auch auf zentraler Ebene verschiedene Maßnahmen ergriffen, um die Arbeitssituation der WM zu verbessern. Außerdem hatte der Akademische Senat beschlossen, die WM-Studie nach fünf Jahren zu wiederholen. Sie sollte Aufschluss darüber geben, inwieweit die bereits eingeführten Verbesserungsmaßnahmen gegriffen hatten und wie die aktuellen Arbeits- und Promotionsbedingungen der Betroffenen an der TU Berlin sind.

Leider zeigen die Ergebnisse der WM-Studie 2007 keine bedeutsamen Verbesserungen gegenüber der ersten Studie. Die Arbeitssituation wird von den WM heute ähnlich eingeschätzt wie von ihren KollegInnen vor fünf Jahren:

- Es besteht weiterhin eine hohe Arbeitsbelastung, u.a. durch Überstunden in der Lehre und durch Verwaltungsarbeit – Letztere mitbedingt durch Personalabbau im Sekretariatsbereich. Die Zahl der nicht ausgeglichenen Überstunden

den ist besonders hoch auf Teilzeitstellen. Teilzeit-WM (1/2 und 2/3) arbeiten 11,4 bzw. 17,8 Stunden pro Woche länger und damit praktisch Vollzeit.

- Unverändert geblieben ist auch die Einschätzung der Promovierenden bezüglich eines erfolgreichen Abschlusses der Promotion innerhalb der Vertragslaufzeit: Rund die Hälfte geht davon aus, erst bis zu einem Jahr nach Ablauf des Arbeitsvertrages die Promotion abzuschließen. Die Daten der TU-Personalstelle bestätigen diese Einschätzung.
- Die Zufriedenheit mit der Betreuungssituation hat sich gegenüber 2002 nicht verbessert. Genannt werden u.a. unklare Vorgaben, keine ausreichende Unterstützung bei der persönlichen Karriereplanung und bei der Anbindung an die *scientific community*.
- Erstmals wurde der Aspekt fragwürdiger Autorenschaft bei Publikationen untersucht. Ein Drittel der WM gibt an, der Hochschullehrer würde auch ohne seine Mitarbeit Autorenschaft beanspruchen. Gut ein Drittel der WM beklagt, nicht als AutorIn in Erscheinung zu treten, obwohl sie an der Veröffentlichung mitgearbeitet haben. Solchermaßen problematische Autorenschaften sind unvereinbar mit den DFG-Empfehlungen zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis.

Diese Ergebnisse gelten für die TU Berlin insgesamt. Es gibt aber auch deutliche Unterschiede zwischen den sieben Fakultäten.

Den Fakultäten wurde der Ergebnisbericht im Sommer 2007 überreicht. Die Stellungnahmen sind überwiegend differenziert und zum Teil selbstkritisch. Man darf also hoffen, dass die Bemühungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen diesmal nachhaltiger sind. Auch auf zentraler Ebene wurden Konsequenzen gezogen: Der Akademische Senat hat eine Arbeitsgruppe unter Leitung der 3. Vizepräsidentin eingesetzt. Geplant sind zum Beispiel „Qualifikationsvereinbarungen“ zwischen Promovierenden und Betreuenden, die wechselseitige Rechte und Pflichten sowie Ziele und Termine enthalten sollen. Ein entsprechender Leitfaden zur Formulierung existiert bereits. Die in der Studie befragten WM hatten solche Vereinbarungen – entgegen anders lautender Prognosen – positiv beurteilt. ●

STUDIERENDE

■ Mehr Studienanfänger – weniger Studierende

Den bisher noch vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes zufolge ist die Zahl der Erstmatrikulierten im vergangenen Jahr um 4% gestiegen. Besonders viele StudienanfängerInnen hat es in die neun Bundesländer gezogen, die keine allgemeinen Studiengebühren erheben (u.a. Brandenburg, Bremen, Berlin, Thüringen, Sachsen). Rückgänge verzeichneten dagegen das Saarland, Baden-Württemberg und Hessen.

Während die Zahl der AnfängerInnen gestiegen ist, hat die Gesamtzahl der Studierenden um 2% abgenommen und liegt jetzt bei 1,948 Millionen. Die StudienanfängerInnenquote, d.h. der Anteil der StudienanfängerInnen an der gleichaltrigen Bevölkerung, ist seit mehreren Jahren erstmals leicht gestiegen. Er beträgt jetzt 36,6% (2006: 35,7%).

■ Böckler-Aktion Bildung erfolgreich

Knapp 600 Bewerbungen gab es in der ersten Runde des neuen Programms der Hans-Böckler-Stiftung, das mehr soziale Chancengleichheit beim Hochschulzugang erreichen will. Gezielt wurde geworben unter Studienberechtigten und SchülerInnen, die kurz vor dem Abitur stehen und nicht dem typischen Sozialprofil an deutschen Hochschulen entsprechen.

201 zusätzliche Stipendien wurden geschaffen. Viele der jungen Leute hätten ohne das Stipendium kein Studium aufnehmen können. 45% haben einen Migrationshintergrund. Mehr als ein Viertel stammt aus Familien, die von Hartz-IV-Leistungen oder Grundsicherung leben. 63% sind Frauen. Das Programm wird fortgeführt. Bis zum 30. April können sich Interessierte bewerben.

www.boeckler.de/stipendium

nach Fachbereichen



■ Erfahrene Frauen helfen Jüngeren

Im Sommer startet ver.di.s zweites Mentoringprojekt. Organisiert wird es vom Bundesfrauenrat und dem Bereich Frauen- und Gleichstellungspolitik. Ziel ist es, mehr junge Frauen für die ehrenamtliche Mitarbeit in ver.di-Gremien zu gewinnen und den weiblichen Anteil dort zu erhöhen. Eine erfahrene Mentorin begleitet eine jüngere Frau bei ihren Schritten durch den ver.di-Dschungel. Das Projekt läuft über eineinhalb Jahre. Mentorin und Mentee treffen sich etwa einmal monatlich. Die Einführungsveranstaltung findet am 5. und 6. Juni statt. Nähere Infos unter www.frauen.verdi.de. Anmeldungen an Inken.Mueller@verdi.de

■ Campus rund um die Rütli-Schule

Die Rütli-Schule in Berlin-Neukölln soll Zentrum eines Modellprojekts werden. Rund um die Schule, die vor zwei Jahren wegen Schülerkrawallen und dem Hilferuf von Lehren bundesweit bekannt geworden war, soll ein Campus entstehen. Geplant ist ein umfassendes und integriertes Sozialisations- und Bildungsangebot, kündigten die Senatsverwaltungen für Bildung und Stadtentwicklung an. Angeboten werden solle ein hochwertiges Bildungsangebot aus einer Hand von der Grund- bis zur Oberschule. Durch Zusammenarbeit mit einem Gymnasium gibt es auch die Möglichkeit, SchülerInnen bis zum Abitur zu leiten. Ebenfalls auf den 50 000 Quadratmetern des Campus Rütli geplant sind Kitas, Werkstätten, ein Jugendclub sowie Sport- und Freizeitanlagen, Beratungsangebote für Schüler und Eltern und der Kinder- und Gesundheitsdienst.

Jena, Stadt der Wissenschaft 2008

In Jena herrscht dieses Jahr Hochstimmung. Die Friedrich-Schiller-Universität feiert ihren 450. Geburtstag und zugleich findet das Jahr der Wissenschaft statt. „Wissen und Wachsen. Made in Jena“ heißt das gemeinsame Motto für beide Ereignisse.

VON KARLA WEICH

Jena ist die vierte Stadt, die von der Jury des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft den Titel „Stadt der Wissenschaft“ verliehen bekommen hat. Nach Bremen (2005), Dresden (2006) und Braunschweig (2007) nahm die Saalestadt die Auszeichnung begeistert entgegen. Der Vorsitzende der Jury, Joachim Treusch, lobte: „Man konnte der Jenaer Bewerbung anmerken, dass alle Akteure aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft ihr Herzblut in das Projekt gesteckt haben.“ Und Jenas Oberbürgermeister Albrecht Schröter (SPD) bestätigte: „Jena ist eine lebendige Stadt. Ein Schmelztiegel, in dem all die Dinge zusammen kommen, auf die die Jury Wert legt.“ Dazu gehöre ein gutes Netzwerk zwischen Wirtschaft, Kultur, Verwaltung und Wissenschaft ebenso wie eine Öffnung der Wissenschaft für die Bevölkerung.

Vor 460 Jahren hatte Kurfürst Johann Friedrich von Sachsen mit der Gründung der Hohen Schule in Jena den Grundstein für die zehn Jahre später entstandene Universität gelegt. Die Hochschule etablierte sich schnell als Ort der freien Geister. Dafür stehen Größen wie Friedrich Schiller, Johann Wolfgang von Goethe, die Gebrüder Schlegel oder Ernst Haeckel. Schon Goethe hat Jena als „Stapelstadt des Wissens“ bezeichnet.

Im 19. Jahrhundert schufen Ernst Abbe, Carl Zeiss und Otto Schott die Grundlagen für einen anhaltenden wirtschaftlichen Aufstieg der vormaligen Wein- und Ackerbaustadt. Jenaer Glas und Mikroskope aus dem Hause Zeiss – diese Produkte machten Jena in der Welt bekannt. Solche Wurzeln verpflichten.

Wissenschaft, Wirtschaft und Stadt orientieren sich auch im Jubiläumsjahr an der Maxime: Wissenschaft soll Motor sein für Innovation und wirtschaftliche Stärke.



Foto: Friedrich-Schiller-Universität Jena

Jeder vierte Einwohner in Jena studiert an einer der beiden Hochschulen. Auch WissenschaftlerInnen aus aller Welt zieht es in die Stadt. Schließlich gibt es hier auch 30 Forschungseinrichtungen – darunter drei Max-Planck- und zwei Leibniz-Institute sowie einer Einrichtung der Fraunhofer-Gesellschaft. Der international bekannte Beutenberg Campus ist ein Ort geballter Forschung und Hochtechnologie. Und auch bei Jenoptik, Carl Zeiss und Schott werden nach wie vor Hightech-Produkte hergestellt. Die Wege in Jena sind kurz und es gibt gut funktionierende Netzwerke. So bauen immer wieder Menschen mit innovativen Ideen neue Unternehmen auf. Viele Titel konnte Jena in den letzten Jahren erringen: „Berkeley“ des Ostens (The Economist), Schmuckstück im „Land der Ideen“, „eine der attraktivsten Universitätsstädte Deutschlands“ (Der Spiegel), „Erfolgsgeschichte im Aufbau Ost“ (Capital) und „Jobs zuhauf!“ (karriere.de).

Zugleich bietet Jena berufstätigen Eltern gute Bedingungen. 56 Kindertagesstätten sichern die Betreuung der Sprösslinge. Gerade hat die Jenoptik AG einen Betriebskindergarten eingerichtet mit Öffnungszeiten zwischen 6 und 20 Uhr.

Auch gewerkschaftlich ist einiges los in Jena. An der Friedrich-Schiller-Universität gibt es eine aktive ver.di-Hochschulgruppe. Die Studierenden bilden Netzwerke mit dem DGB, der GEW und den Parteien. Außerdem ist die ver.di-Geschäftsstelle Bezirk Ostthüringen in Jena beheimatet. ●

Wachstum ist zerstörerisch

„Wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir widerspruchslos hinnehmen.“

(Ernst Bloch)

NaturwissenschaftlerInnen und IngenieurInnen sind die Protagonisten des Industrie-Systems: Sie erforschen, entwickeln und bauen Geräte und Systeme, die heute durch ihre Menge und damit den ständig wachsenden Energie- und Ressourcenverbrauch die Existenzgrundlagen der Menschheit gefährden. Dieser Rolle der „erfinderischen Zwerge, die für alles gemietet werden können“ (B. Brecht, „Galilei“), will die Naturwissenschaftler-Initiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit etwas entgegensetzen.

VON WOLFGANG NEEF

Vor 20 Jahren hatten sich kritische NaturwissenschaftlerInnen mit dem Ziel zusammengeschlossen, ihre professionellen Kompetenzen für eine Welt ohne Krieg und Gewalt einzusetzen. Im Zentrum stand die Kontrolle und Beseitigung atomarer, chemischer, biologischer und konventioneller Waffen. In den letzten Jahren ist nun die zivile „Alltagstechnik“ zunehmend in den Blick der Initiative gerückt. Denn längst ist der permanent wachsende Materialeinsatz zu einer Gefahr für die Biosphäre und damit auch für die menschliche Existenz geworden.

Öffentlich diskutiert wird derzeit fast nur das Klima-Problem. Doch es gibt weitere, ebenso große Gefahren: Mit dem materiellen Wachstum steigt auch der Rohstoffverbrauch. Entsprechend dem Entropiegesetz hat das negative Folgen für die Biosphäre: Das Weltklima verändert sich, enorme Mengen gefährlichen Mülls entstehen und pharmazeutische, chemische und biologisch aktive Stoffe werden freigesetzt und führen zu Artensterben, Zerstörung der produktiven Flächen, der Wälder und der Wasserversorgung für große Teile der Erdbevölkerung.

Die Initiative engagiert sich deshalb auch gegen das ökonomische Paradigma des ständigen „Mehr“. Seit der industriellen Revolution

haben sich Naturwissenschaft und Technik der Aufgabe verschrieben, dieses „Mehr“ energetisch und stofflich möglich zu machen. In den Industrienationen konnten damit zwar die Lebensbedingungen verbessert werden. Aber: Gentechnik oder die Nutzung der Kernspaltung zeigen, dass Naturwissenschaft und Technik auch Techniken entwickelt haben, die nicht nur mit illusionären Versprechen verbunden waren, sondern sich in der militärischen und zivilen Variante gleichermaßen als gefährlich und zerstörerisch erwiesen haben.

Heute werden Kriege zunehmend um immer knapper werdende Ressourcen geführt. Das Ungleichgewicht zwischen den reichen und den armen Ländern führt auch wegen der Begrenztheit unserer Geobiosphäre zunehmend zu Konflikten. Deshalb engagieren wir uns gemeinsam mit anderen Nicht-Regierungs-Organisationen sowohl für Frieden und Abrüstung als auch für Nachhaltigkeit in praktischen Projekten, die stofflich und ökonomisch eingebettet sind in die Natur und die soziale und kulturelle Vielfalt menschlicher Gesellschaften achten.

Unsere Ziele:

- Information über die Fakten
- Eine Welt ohne ABC-Waffen und Atomenergie
- Ausstieg aus der fossilen Energiewandlung durch Umsteuerung auf regenerative Energiequellen
- Suffizienz in Energieverbrauch und Konsum,
- Globale Gerechtigkeit bei der Nutzung natürlicher Ressourcen
- Ausstieg der NaturwissenschaftlerInnen und IngenieurInnen aus der militärischen Forschung, Waffenentwicklung und -produktion weltweit
- Friedens- und Umwelterziehung in der naturwissenschaftlichen Lehre
- internationale Kooperationen für eine friedliche Welt ●

Kontakt: www.natwiss.de

Q U A L I T Ä T

■ Weiterbildungslandschaft noch immer ein Dschungel

Bildungsberatung wird in Deutschland von einer Vielzahl von Institutionen angeboten, fast ausschließlich wird sie mit öffentlichen Mitteln finanziert. Eine vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) in Auftrag gegebene Studie lieferte eine Bestandsaufnahme. Rund 9.500 Beratungsanbieter haben sich beteiligt.

Die Untersuchung liefert Daten darüber, für welche Bevölkerungsgruppen, mit welchen Ressourcen und Konzeptionen Bildungs- und Berufsberatung erfolgt. Die Studie zeigt, dass die Institutionen eine zumeist sektoral und regional spezifische Beratung für spezielle Kreise von Beratungssuchenden anbieten. Es gibt jedoch keine einheitlichen Qualitätsstandards in der Bildungsberatung. Solche will das BMBF jetzt fordern und fördern. So soll unter anderem die Professionalisierung der Beraterinnen und Berater in Angriff genommen werden.

www.bmbf.de/pub/berufsbildungsforschung.pdf

■ Infos zum Innovationspakt im Netz

Seit kurzem gibt es Wissenswertes zum Pakt für Forschung und Innovation im Internet. Unkonventionelle Forschungsansätze, die Umsetzung von Ideen in Produkte, Nachwuchsförderung, Chancengleichheit, internationale Beziehungen – all das sind Themen des Paktes zwischen DFG, Fraunhofer-Gesellschaft, Max-Planck-Gesellschaft, Helmholtz-Gemeinschaft und Leibniz-Gemeinschaft. Außerdem findet man auf der Homepage Termine, Veranstaltungen und Monitoring-Berichte zum Pakt.

www.pakt-fuer-forschung.de

ver.di-Service mit vielen Facetten

Service von ver.di – da denkt jeder an Tarifpolitik, Gesellschaftspolitik, Rechtsschutz, ach ja und an die Freizeitunfallversicherung. „Nein, nein, da gibt es noch viel mehr“ ruft mir jemand beherzt zu. Also begab ich mich auf die Suche. Und in der Tat, ich war verblüfft.

Auf den ver.di-Service-Seiten im Internet gibt es viel mehr, als ich dachte. Zunächst Alltägliches rund um die Mitgliedschaft: Per Internet können Mitglieder ihre Daten in Verbindung mit ihrer Mitgliedsnummer einsehen und verändern (<http://mitgliedsdaten.verdi.org>) oder sich die Satzung ansehen. Aber das ist nur ein kleiner Servicebaustein.

Mit Leichtigkeit gelangt der Einzelne zum ver.di-Bildungsportal (www.verdi-bildungsportal.de) und kann sich über das exzellente zentrale Seminarangebot informieren, das in den vielen ver.di-Bildungsstätten durchgeführt wird. Für interessierte Mitglieder sind Seminare zur Gesellschafts-, Sozial- und Wirtschaftspolitik, zur Kultur- und Europapolitik, aber auch Kurse zur Geschichte und aktueller Politik im Angebot. Unter dem Motto „Einstieg leicht gemacht!“ gibt es für Betriebs- und Personalräte informative Grundseminare ebenso wie Kurse zu speziellen Fragen.

Wer gerne nach gewerkschaftspolitischen Themen sucht, kann rund um die Mitgliederzeitung PUBLIK einen umfassenden Überblick erhalten (www.publik.verdi.de).

Unter www.verdi-mitgliederservice.de wird ver.di-Mitgliedern ein ganzer Strauß an

günstigen und rabattierten Angeboten präsentiert. Das reicht von Urlaubsreisen in die oberbayerischen Voralpen bis zum günstigen Besuch von Musicals und Freizeitparks. Auch preiswerte Computer, Software und Handys, Neuwagen mit 8 bis 16 Prozent Rabatt, Mietwagen, Baufinanzierungen und noch vieles mehr kann man dort finden. Vorgestellt werden außerdem Altersversorgungs- und Versicherungsangebote – auch in Form von Gruppenverträgen für ausgewählte Berufsgruppen.

Und die klassischen Angebote einer Gewerkschaft finden ver.dianerInnen an dieser Stelle natürlich auch: Streikgeld, Rechtsschutz, Freizeitunfallversicherung, Mieterrechtsberatung, Lohnsteuerservice, Selbstständigenberatung, Erwerbslosenberatung. Und all das ist selbstverständlich im Mitgliedsbeitrag mit drin.

Abgerundet wird das Angebot durch Tipps, welche kulturellen Angebote es im Fernsehen, Radio und Internet gibt und welche neuen Bücher und Musikveröffentlichungen empfehlenswert sind. www.service.verdi.de/tipps_empfehlungen.

Also, liebe biwifo-Report-LeserInnen: Reinsehen unter www.service.verdi.de lohnt sich.

Holger Menze

SEMINARE 2008

Aufgaben von Betriebsräten in der Weiterbildung – Einführung in das Betriebsverfassungsgesetz für neue Betriebsräte	Zeit: 21.04.–23.04.2008 Ort: Kassel
Aktiv in Betrieb und Gesellschaft Wie kann ich mich mit meinen Ideen und Vorstellungen zur Arbeitswelt, zur Zusammenarbeit und Entwicklung in Betrieb und Gesellschaft einbringen?	Zeit: 21.04.–25.04.2008 22.09.–26.09.2008 Ort: ver.di Bildungsstätte Berlin
Vernetzungstreffen der Studierenden	Zeit: 23.05.–25.05.2008 Ort: Grünberg/Hessen
Qualitätssicherung der Lehre – Akkreditierung von Studienprogrammen und Qualitätssicherungssystemen in Hochschulen	Zeit: 23.06.–25.06.2008 Ort: ver.di Bildungsstätte Berlin
Campus der Zukunft – Handlungsfelder und Aktionsvorhaben. Eine erste Zwischenbilanz · Anmeldung bei: Karin.Vollmar@verdi.de	Zeit: 25.06.–27.06.2008 Ort: ver.di Bildungsstätte Lage-Hörste
Gute Arbeit – Sozialstandards für Studentenwerke – Wege zur Durchsetzung	Zeit: 25.06.–27.06.2008 Ort: ver.di Bildungsstätte Saalfeld
Arbeits- und Einkommensbedingungen für Sekretäre und Sekretärinnen an Hochschulen	Zeit: 10./11.09.2008 Ort: NRW Bildungsstätte
Gleiche Arbeit – Neuer Firmenname – Weniger Geld? Mitbestimmungsrechte und Handlungsmöglichkeiten von BR bei Veränderungen der Unternehmensstruktur	Zeit: 29.09.–01.10.2008 Ort: ver.di Bildungsstätte Berlin
Berufseinstieg – Wissenschaft	Zeit: 14.11.–16.11.2008 Ort: ver.di Bildungsstätte Saalfeld
Informationskompetenz und Gesellschaftspolitische Zusammenhänge	Zeit: 28.11.–30.11.2008 Ort: ver.di Bildungsstätte Saalfeld

Weitere Informationen: <http://biwifo.verdi.de/veranstaltungen>

Die Autorin Rima Hussein, 21 Jahre, ist Studierende der Politikwissenschaft im vierten Semester am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin

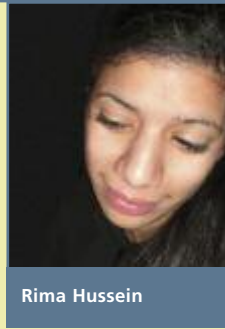


Foto: Privat

Rima Hussein

„Mein Körper hat beschlossen, länger zu studieren“

In den ersten Semestern bin ich noch davon ausgegangen, mein Studium in der Regelstudienzeit zu schaffen. Ich hatte mir exakt ausgerechnet, wann ich mein Diplom erhalten würde. Ich freute mich darauf, so jung schon einen akademischen Grad in der Tasche zu haben; schließlich war ich auch schon sehr früh mit der Schule fertig gewesen. Ich hatte aber nicht damit gerechnet, dass mir das Studium so viel abverlangen würde. Nicht nur, dass ich es seit Anfang des Studiums nicht ein einziges Mal geschafft habe, alle von mir erwarteten Leistungen zu erbringen – inklusive alle Texte für jedes Seminar zu lesen. Auch das von mir selbst beschlossene abgespeckte Programm war nicht zu schaffen: Mein Körper streikte.

Das mit dem Abnehmen kannte ich schon aus der Zeit meines schriftlichen Abiturs: In stressigen Phasen verliere ich immer vier bis fünf Kilogramm. Bei einem Gewicht von 56 Kilo und einer Größe von 1,68 Meter ist das schon viel. Seit Anfang meines Studiums ging es zu Semesteranfang immer so. Ich bemühte mich wirklich, nur fand ich oft nicht die Zeit zum Essen. Die Studienbelastung ist gerade für sensible Personen sehr hoch. Auch mein Bruder, der Wirtschaftsmathe studiert, war nach den ersten Klausuren drei Wochen lang krank. „Das was die uns vorgegeben haben, hätte man schaffen können, aber nur ohne Privatleben,“ hat er mir neulich lachend erzählt. Er hat das Studium mittlerweile abgebrochen.

Auch von meiner Freundin, die Jura studiert, habe ich schlimme Geschichten gehört. Jeden Tag sei sie in den Semesterferien ungefähr sechs Stunden in der Bibliothek gewesen. „Natürlich habe ich das total übertrieben“ meinte sie zu mir. „Aber ich wollte ja auch nicht durchfallen“.

Ich war froh, nicht Jura zu studieren. Trotzdem war meine eigene erste Klausurphase ähnlich

anstrengend wie die Zeit vor den Abiturprüfungen. Über drei Wochen lang ging ich jeden Tag in die Bibliothek. Der Hunger blieb wieder aus. Das viele Auswendiglernen schlug mir auf den Magen, gerade weil mich die Themen eigentlich interessiert hätten, ich aber keine Zeit fand, mich richtig mit ihnen zu beschäftigen. Die kurze Zeitspanne, in der wir zum Beispiel zweitausend Jahre politische Ideengeschichte aufnehmen sollten, ließ einfach keinen Raum für etwas scheinbar so Abwegiges wie persönliches Interesse: Kurzes Nachschlagen, eine Zwischenfrage, die nichts mit der Klausur zu tun hat, eine Gegendarstellung – also das, was ich mir unter Universität eigentlich vorgestellt hatte.

Während dieser ersten Klausurphase verbrachte ich mehr Zeit mit Lernen, als alle ProfessorInnen als notwendigen Zeitrahmen vorgegeben hatten. Nach ihren Berechnungen braucht man zwei Stunden Vor- und Nachbereitung für eine Vorlesung – inklusive Klausur. Dass aber diese Zeit nicht einmal gereicht hätte, alle Texte auch nur durchzulesen und zu verstehen, schien niemanden zu interessieren. Gereicht hätte es gerade einmal dazu, alle wichtigen Fakten auswendig zu lernen.

Wer aber mehr will, braucht deutlich mehr Stunden für das Pensum. Und nicht alle Menschen wollen und können so sorglos mit ihrem Körper umgehen wie die Workaholics, die uns die Vorgaben machen.

Mein Körper hat jedenfalls – ohne Veto meines Geistes – beschlossen, nicht in der Regelstudienzeit fertig zu werden. Dass ich mit meiner körperlichen Reaktion nicht alleine dastehe, sehe ich während jeder Klausurphase: So viele nachpubertäre Pickel und Stressherpesbläschen entdeckte ich sonst nie. ●

P O R T R Ä T



Foto: Privat

Karola Güth

■ Wie schafft die das?

Sie ist nicht zu übersehen, und man vergisst sie auch aus anderen Gründen nicht so leicht. Groß und stattlich ist vielleicht der erste Eindruck; freundlich, zuverlässig, zupackend, so lässt sich Karola Güth (47 Jahre, verheiratet, 2 Kinder) aber auch beschreiben.

Kaum zu glauben: Erst seit zehn Jahren ist Karola aktive Gewerkschafterin. Dass sie trotzdem im und für unseren Fachbereich in verschiedenen Funktionen und Vorständen tätig ist, zeugt von ihrem großen Engagement. Das und auch das Vertrauen in ihre Kompetenz haben ihr aktuell den „Posten“ als Präsidiumsmitglied im Gewerkschaftsrat eingebracht.

Damit nicht genug. Über die ver.di-Liste gewählt wurde sie Mitglied im Hauptpersonalrat für das Thüringer Kultusministerium, und ist dessen Vorsitzende.

Wie hält man so viel Verantwortung aus? Ob es an ihrer Ausbildung als Lehrerin für Mathematik und Physik liegt? Oder an ihren Kenntnissen in der Computeradministration, die sie sich als zweite Berufsausbildung angeeignet hat?

Vielleicht liegt das „Rezept“ auch in ihren Hobbys: Sie bäckt und kocht gerne. Wer einmal in ihrer Küche war, ist beeindruckt von der Gewürz- und Teesammlung. Und zu einer guten Tasse Tee gehört ein gutes Buch. Auch davon findet man hier viele(!). Nur Zeit, die ist im Güthschen Hause rar. ●



Coupon bitte abtrennen und im Briefumschlag schicken an:
 Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft · Fachbereich 5 · Bildung, Wissenschaft und Forschung · Paula-Thiede-Ufer 10 · 10179 Berlin



BEITRITTSERKLÄRUNG

W-19/2841-0004

Ich möchte Mitglied werden ab:

_____/_____/_____
Monat/Jahr

Persönliche Daten:

Name _____

Vorname/Titel _____

Straße/Hausnr. _____

PLZ _____ Wohnort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Geburtsdatum _____

Staatsangehörigkeit _____

Geschlecht weiblich männlich

Beschäftigungsdaten

- Arbeiter/in Angestellter/
- Beamter/in DO-Angestellter/
- Selbstständige/r freier Mitarbeiter/in

Vollzeit Teilzeit _____ Anzahl Wochenstd. _____

- Erwerbslos
- Wehr-/Zivildienst bis _____
- Azubi-Volontär/in-Referendar/in bis _____
- Schüler/in-Student/in bis _____
- Praktikant/in bis _____
- Altersteilzeit bis _____
- Sonstiges _____

Beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale) _____

Straße/Hausnummer im Betrieb _____

PLZ _____ Ort _____

Personalnummer im Betrieb _____

Wirtschafts-/Geschäftszweig ausgewählte Tätigkeiten _____

Ich bin Meister/in-Techniker/in-Ingenieur/in

Ich war Mitglied der Gewerkschaft: _____

von: _____/_____/_____ bis: _____/_____/_____ Monat/Jahr Monat/Jahr

Einzugsermächtigung:

Ich bevollmächtige die Gewerkschaft ver.di, den jeweiligen satzungsgemäßen Beitrag bis auf Widerruf im Lastschriftzugsverfahren

- monatlich halbjährlich
- vierteljährlich jährlich

einziehen.

Name des Geldinstituts/Filiale (ort) _____

Bankleitzahl _____ Kontonummer _____

Name Kontoinhaber/in (Bitte in Druckbuchstaben) _____

Datum/Unterschrift Kontoinhaber/in _____

Tarifvertrag _____

Tarif, Lohn- oder Gehaltsgruppe bzw. Besoldungsgruppe _____

Tätigkeits-/Berufsjahr, Lebensalterstufe _____

regelmäßiger monatlicher Bruttoverdienst _____

Euro _____

Monatsbeitrag

Euro _____

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1% des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes. Für Rentner/innen, Pensionär/innen, Vorrentländer/innen, Krankengeldbezieher/innen und Erwerbslose beträgt der Monatsbeitrag 0,5% des regelmäßigen Bruttoeinkommens. Der Mindestbeitrag beträgt € 2,50 monatlich. Für Hausfrauen/Hausmänner, Schüler/innen, Studierende, Wehr-, Zivildienstleistende, Erziehungsgeldempfänger/innen und Sozialhilfeempfänger/innen beträgt der Beitrag € 2,50 monatlich. Jedem Mitglied steht es frei, höhere Beiträge zu zahlen.

Datenschutz

Ich willige ein, dass meine persönlichen Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Mitgliedsverhältnisses und der Wahrnehmung gewerkschaftspolitischer Aufgaben elektronisch verarbeitet und genutzt werden. Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes in der jeweiligen Fassung.

Datum/Unterschrift _____

Werber/in:

Name _____

Vorname _____

Mitgliedsnummer _____